Dr. Matthias Fatke und Dr. Till Heinsohn

# Wie denken die Stuttgarterinnen und Stuttgarter über die Verwendung geschlechtersensibler Sprache in der Stadtverwaltung?

- *Die große Mehrheit der Stuttgarterinnen und Stuttgarter bevorzugt die Paarform in der Kommunikation der öffentlichen Verwaltung.*
- *Befürworter der männlichen Form sind eher älter und männlich, haben keine Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts erfahren und neigen vor allem der CDU, FDP oder AfD zu.*
- *Befürworter*innen des Gendersterns sind eher jünger und weiblich, haben keinen Migrationshintergrund, verfügen über einen höheren Bildungsabschluss, fühlten sich in der Vergangenheit aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und neigen eher den Grünen, der LINKE und – weniger deutlich – der SPD zu.*

*Amtlicher Sprachgebrauch als Politikum*

„Die Diskussion über eine geschlechtergerechte deutsche Sprache gibt es seit den 1970er-Jahren. (…) Die einen sehen Gendern als Ausdruck der Gleichstellung, andere empfinden es als Sprachverhunzung und Bevormundung".[1] Nun könnte man meinen, Sprache und deren Gebrauch sei etwas sehr Persönliches. Mit dem amtlichen Sprachgebrauch verhält es sich mitunter anders: Er wird nicht selten zum Politikum. Auf Landes- und Bundesebene besteht bislang keine Pflicht zur geschlechtergerechten Sprache – im Gegenteil plant beispielsweise das baden-württembergische Innenministerium eine Verwaltungsvorschrift, wonach die Verwendung des Gendersterns künftig nicht mehr zulässig ist.[2] Hingegen haben einige „Stadtverwaltungen wie Berlin, München oder Hannover (...) die sprachliche Gleichbehandlung sogar als Pflicht für den amtlichen Sprachgebrauch festgelegt".[3]

*Empfehlungen und Hinweise der Landeshauptstadt*

In einem Rundschreiben aus dem Jahr 2000 (Nr. 013/2000) empfahl die Landeshauptstadt Stuttgart erstmals anstelle geschlechtsspezifischer Benennungen geschlechtsneutrale Benennungen zu wählen oder solche Bezeichnungen zu verwenden, die beide Geschlechter ansprechen. Einschränkend wurde hierzu unter anderem festgehalten, dass die Lesbarkeit und Verständlichkeit dabei nicht beeinträchtigt werden soll. Die stadtinternen Hinweise zur Umsetzung der geschlechtersensiblen Sprache für die Verwaltung der Landeshauptstadt Stuttgart[4] mit Stand 01/2022 gingen über die gleichberechtigte Sichtbarkeit von Mann und Frau hinaus: Unter Berufung auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Option vom 10. Oktober 2017 wurde für einen pragmatischen Sprachgebrauch plädiert, welcher der Sichtbarkeit und Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie nicht-binären und intergeschlechtlichen Menschen Rechnung trägt. Damit konnten neben bisherigen binären geschlechterspezifischen (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) und geschlechtsneutralen Formulierungen (Mitarbeitende) auch die Verwendung des Gendersterns (Mitarbeiter*innen) verwendet werden. Diese Hinweise sind neuerdings außer Kraft und sollen neu gefasst werden. Stattdessen ist geregelt, dass die Stadtverwaltung in der Regel keine Gender-Sonderzeichen verwendet und nach Möglichkeit die Beidnennung verwendet.[5]

Offensichtlich bedeutete der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts also nicht das Ende der Debatte. Vielmehr greifen auch politische Parteien das Thema vermehrt auf und machen „das Gendern“ zum Gegenstand der Auseinandersetzung. So fordern Landesverbände der CDU unter anderem in Thüringen, Hamburg und Hessen, dass Behörden den Genderstern nicht weiter verwenden; in Baden-Württemberg unterstützen FDP und CDU das Volksbegehren „Stoppt Gendern in BW“.

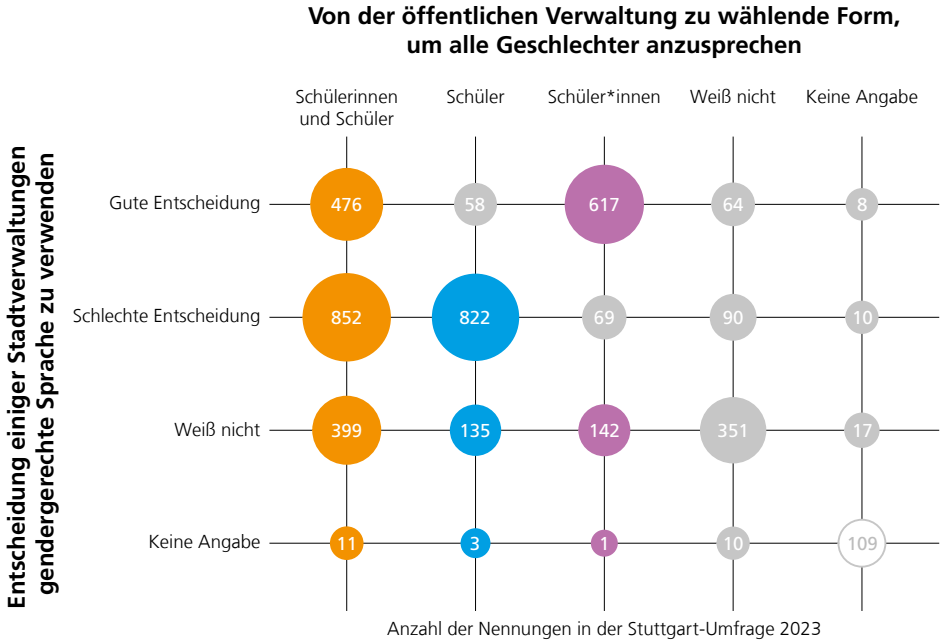
*Wie steht Stuttgart zum Gendern in der Stadtverwaltung?*

Da auch in Stuttgart das Für und Wider der Verwendung geschlechtersensibler Sprache in der Stadtverwaltung ein bisweilen kontroverses Thema ist, geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, wie die Stuttgarter Bevölkerung eigentlich zu dem Thema steht. Denn das ist dank der Daten der aktuellen Stuttgart-Umfrage erstmals möglich. Dabei bestand das Interesse darin zu erfahren, wie die Stadtgesellschaft über die Entscheidung einiger Stadtverwaltungen denkt, gendergerechte Sprache zu verwenden (Entscheidung) und welche Form in der öffentlichen Verwaltung gewählt werden sollte, um alle Geschlechter anzusprechen (Sprachgebrauch).

*Antwortkombinationen weisen auf unterschiedliche Interpretation hin*

Die durch die Befragung gewonnenen Einblicke liefern interessante Erkenntnisse: Die Entscheidung einiger Stadtverwaltungen, gendergerechte Sprache zu verwenden, halten 31 Prozent für eine gute und 44 Prozent für eine schlechte Entscheidung. Rund 25 Prozent der Befragten trauen sich diesbezüglich kein Urteil zu. Kombinieren wir das Antwortverhalten der beiden Fragen nach *Entscheidung* und *Sprachgebrauch* (vgl. Abbildung 1), so erhärtet sich jedoch der Verdacht, dass der Begriff der „gendergerechten Sprache“ in der Frage nach der Entscheidung von den Befragten zum Teil unterschiedlich interpretiert wurde. Denn obwohl gendergerechte Sprache im Fragetext mit Beispielen spezifiziert wurde (Wählerinnen und Wähler; Wähler*innen; Wählende), geben insgesamt 852 Personen in Kombination an, dass sie die Entscheidung zwar für eine schlechte halten, aber zur Ansprache aller Geschlechter die Paarform (Schülerinnen und Schüler) verwendet werden sollte. Da die Paarform in diesem Zusammenhang als eine Möglichkeit gendergerechter Sprache aufzufassen ist, hätte ein konsistentes Antwortmuster eigentlich erwarten lassen, dass dann entweder die Entscheidung als schlecht bewertet oder beim *Sprachgebrauch* das generische Maskulinum bevorzugt wird.

***Abbildung 1:*** *Kreuztabellierung der Antworthäufigkeiten zu F43 (Entscheidung) und F44 (Sprachgebrauch)*




www.stuttgart.de/statistik

Daneben lassen sich eine ganze Reihe weiterer Fälle inkonsistenten Antwortverhaltens identifizieren: Dass 58 Personen die Entscheidung für gut halten, sich aber für die Verwendung der männlichen Form (Schüler) aussprechen, erscheint ebenso wenig plausibel, wie dass 69 Personen die Entscheidung als schlecht bewerten, dann aber für die diverse Form (Schüler*innen) plädieren. Allerdings treten solche Antwortfehler in Umfragen immer auf und sind in diesem Fall zahlenmäßig so marginal, dass sie bei der Auswertung kaum ins Gewicht fallen.

In Reaktion auf diese Beobachtungen ertüchtigen wir die gegebenen Antworten mit Fokus auf die Frage nach dem Sprachgebrauch, weil sie offenbar zuverlässigere und aussagekräftigere Messungen ergeben hat. Zunächst entfernen wir aus dem Datensatz aber die 109 Personen, die uns weder die Frage nach der Entscheidung noch die Frage nach dem Sprachgebrauch beantwortet haben.

*Ertüchtigung der Antworten führt zu vier Gruppen*

Die Gruppe der Personen, die sich für den Gebrauch der **Paarform** („Schülerinnen und Schüler“) ausspricht, umfasst im Folgenden alle Befragten unabhängig davon, wie oder ob sie die Frage nach der Entscheidung beantwortet haben. In Orange dargestellt umfasst die Gruppe einen Anteil von 42 Prozent.

Die Gruppe der Personen, die sich für die Verwendung der **männlichen Form** („Schüler“) ausspricht, schließt diejenigen ein, die bei der Frage nach dem Sprachgebrauch für das generische Maskulinum plädieren. Diese Gruppe ist in Blau dargestellt und umfasst einem Anteil von 23 Prozent. (Explizit nicht Teil dieser Gruppe sind diejenigen 58 Personen, die die Entscheidung zur Verwendung einer gendergerechten Sprache für gut halten, sich dabei aber entgegen der Logik für den Gebrauch der männlichen Form aussprechen.)

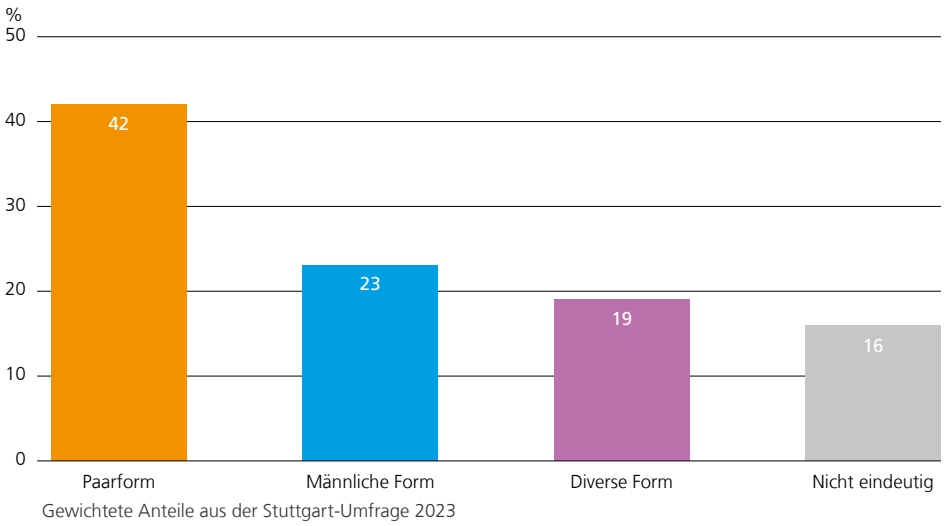
Personen, die die Verwendung der **diversen Form** („Schüler*innen“) präferieren, bilden eine dritte Gruppe. Diese ist in Rosa gehalten und umfasst insgesamt 19 Prozent der Befragten. (Außen vor bleiben hier die 69 Personen, die die Entscheidung zur Verwendung einer gendergerechten Sprache für schlecht halten und sich dabei aber für die Verwendung der diversen Form aussprechen.)

Zuletzt fassen wir all jene in eine vierte Gruppe zusammen, deren Position zum Sprachgebrauch **nicht eindeutig** ableitbar ist. Diese in Grau gehaltene Gruppe umfasst die zuvor ausgesparten Personen sowie alle, die auf die Frage nach der von der Verwaltung zu verwendenden Form mit „weiß nicht“ antworten. Hinzu kommen Personen, die sich zwar bezüglich der *Entscheidung*, nicht aber hinsichtlich des *Sprachgebrauchs*, positioniert haben. In Summe machen die Personen in dieser Gruppe 16 Prozent der hier berücksichtigten Befragten aus.

*Diametrale Gegenpole wecken besonderes Interesse*

Die in Abbildung 2 dargestellten Anteile lassen unter den Stuttgarterinnen und Stuttgartern eine (absolute) Mehrheit von 61 Prozent für den Gebrauch einer gendersensiblen Verwaltungssprache im Sinne der städtischen Hinweise (Paarform oder Genderstern) erkennen. Hingegen präferiert jeweils nur eine Minderheit die Verwendung des generischen Maskulinums und des Gendersterns. Mit 23 beziehungsweise 19 Prozent stellen beide Gruppen zahlenmäßig dennoch relevante Größen dar. Diese sich diametral entgegenstehenden Gruppen analysieren wir im Folgenden näher: Welche Eigenschaften verbinden Personen, die für die ausschließliche Verwendung des generischen Maskulinums plädieren? Und welche Merkmale charakterisieren die Gruppe derjenigen, die nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen weiterer Geschlechtsidentitäten mit einbeziehen?

***Abbildung 2:*** *Vorstellungen über den Sprachgebrauch in der Verwaltung*




Gewichtete Anteile aus der Stuttgart-Umfrage 2023

www.stuttgart.de/statistik

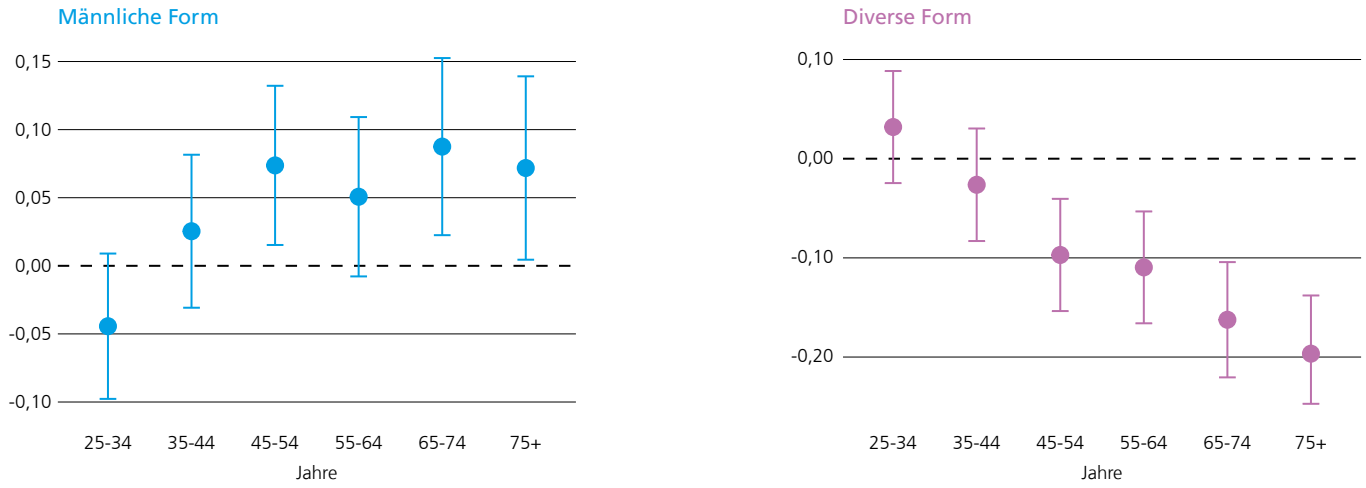
*Logistische Regressionsanalyse verspricht näheren Aufschluss über die Gruppen*

Für den Gruppenvergleich derjenigen, die die männliche Form präferieren (23 %), und derjenigen, die sich für die diverse Form aussprechen (19 %), kommt eine logistische Regressionsanalyse (mit einer Fallzahl von 3546 Befragten) zum Einsatz. Diese ermöglicht uns den Zusammenhang eines interessierenden Merkmals unter Konstanthaltung der jeweils anderen im Modell berücksichtigten Merkmale zu ergründen. Im Kern geht es also darum zu testen, ob sich die jeweiligen Gruppen durch folgende Merkmale kennzeichnen lassen: Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bildung, Diskriminierungserfahrung, Parteineigung. Und da sich die logistischen Regressionskoeffizienten nur bedingt interpretieren lassen, überführen wir die errechneten Koeffizienten in Abbildungen, die eine zugänglichere und grafische Interpretation der sogenannten marginalen Effekte erlauben. In diesen Grafiken lassen sich statistisch signifikante Zusammenhänge daran erkennen, dass die mit ausgewiesenen 95%-Konfidenzintervalle der entsprechenden Punktschätzer die Nulllinie nicht schneiden.

## Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung zur Verwendung der diversen Form

Mit Blick auf die marginalen Effekte nach **Altersklassen** zeigt Abbildung 3 ein mit dem Alter zunehmenden Effekt, in Bezug auf den amtlichen Sprachgebrauch das generische Maskulinum zu präferieren. Die Altersklassen der 45- bis 54-Jährigen, der 65- bis 74-Jährigen und der über 74-Jährigen weisen diesbezüglich eine um sieben bis neun Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit als die Referenzkategorie der 16- bis 24-Jährigen auf. Der Unterschied dieser drei Altersgruppen zur Referenzkategorie ist statistisch signifikant. Die Wahrscheinlichkeit, die diverse Form im amtlichen Sprachgebrauch zu bevorzugen, nimmt mit zunehmendem Alter dagegen signifikant ab. So fällt diese unter den über 74-Jährigen im Vergleich zu der Wahrscheinlichkeit der Referenzkategorie um fast 20 Prozentpunkte geringer aus. Aber bereits in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen liegt diese rund zehn Prozentpunkte niedriger.

***Abbildung 3:*** *Marginale Effekte nach Altersklassen inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: 16-24 Jahre)*






## Frauen bevorzugen eher die diverse Form und lehnen das generische Maskulinum eher ab

Auch für das **Geschlecht** lassen sich statistisch signifikante Effekte nachweisen. Im Gegensatz zu Männern präferieren Frauen für den Sprachgebrauch der Verwaltung deutlich seltener das generische Maskulinum. Die in Abbildung 4 entsprechend dargestellte Geschlechterdifferenz beziffert sich in Stuttgart auf rund sieben Prozentpunkte. Die diverse Form wird dagegen signifikant häufiger von Frauen präferiert. Im Gegensatz zum Wunsch der Stuttgarter, liegt der Wunsch der Stuttgarterinnen um rund sechs Prozentpunkte höher, die Verwaltung möge die diverse Form verwenden, die auch nicht-binäre und intergeschlechtliche Menschen gleichberechtigt und sichtbar anspricht.

***Abbildung 4:*** *Marginale Effekte nach Geschlecht inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: Männlich)*

## Menschen mit Migrationshintergrund wünschen sich seltener die diverse Form

Hinsichtlich des Migrationshintergrunds in Abbildung 5 offenbart sich ein etwas differenzierteres Bild. So spielt ein **Migrationshintergrund** bei der Präferenz für das generische Maskulinum keine statistisch signifikante Rolle. Der Wunsch zur Verwendung einer diversen Form fällt aber zwischen Personen mit und Personen ohne Migrationshintergrund signifikant unterschiedlich aus: So weisen Personen mit Migrationshintergrund eine um 3,6 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit auf, von der Stadtverwaltung den Gebrauch des Gendersterns zu erhoffen.

***Abbildung 5:*** *Marginale Effekte nach Migrationshintergrund inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: Trifft nicht zu)*

www.stuttgart.de/statistik

## Menschen mit höherem Bildungsabschluss plädieren eher für die diverse Form

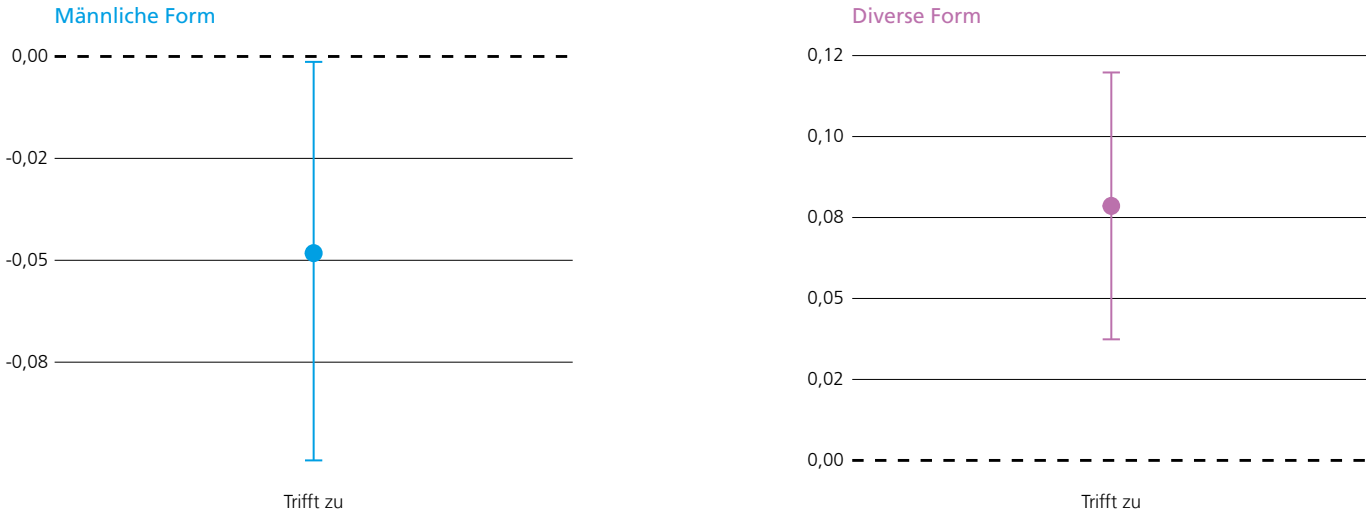
Ähnliches wie beim Migrationshintergrund zeigt sich für Personen mit oder ohne **Abitur beziehungsweise Fachhochschulreife** in Abbildung 6. Dem (angestrebten) Bildungsabschluss kommt keine statistische signifikante Bedeutung bei der Erklärung zu, ob eine Person die männliche Form präferiert oder nicht. Das ausgewiesene Konfidenzintervall schneidet die Nulllinie. Demgegenüber scheinen Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife signifikant häufiger für die Verwendung der diversen Form zu plädieren. Der marginale Effekt zwischen den beiden Gruppen lässt sich auf rund acht Prozentpunkte beziffern.

***Abbildung 6:*** *Marginale Effekte nach Abitur/Fachhochschulreife inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: Trifft nicht zu)*

## Menschen mit Diskriminierungserfahrung fordern häufiger die diverse Form

Naheliegend erscheint die Vermutung, dass Personen, die angeben, sich in den letzten drei Jahren aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert gefühlt zu haben, mit höherer Wahrscheinlichkeit die diverse Anrede fordern und das generische Maskulinum ablehnen. Schließlich liegt der Idee der geschlechtersensiblen Sprache die Annahme zugrunde, ein anderslautender Sprachgebrauch diskriminiere gegen nicht explizit genannte Menschen. Abbildung 7 bestätigt den vermuteten Zusammenhang: Befragte mit erklärter **Diskriminierungserfahrung** bevorzugen einerseits signifikant seltener die rein männliche Form, andererseits signifikant häufiger die gendersensible Verwendung des Gendersterns. Die Unterschiede belaufen sich auf etwa fünf beziehungsweise acht Prozentpunkte.

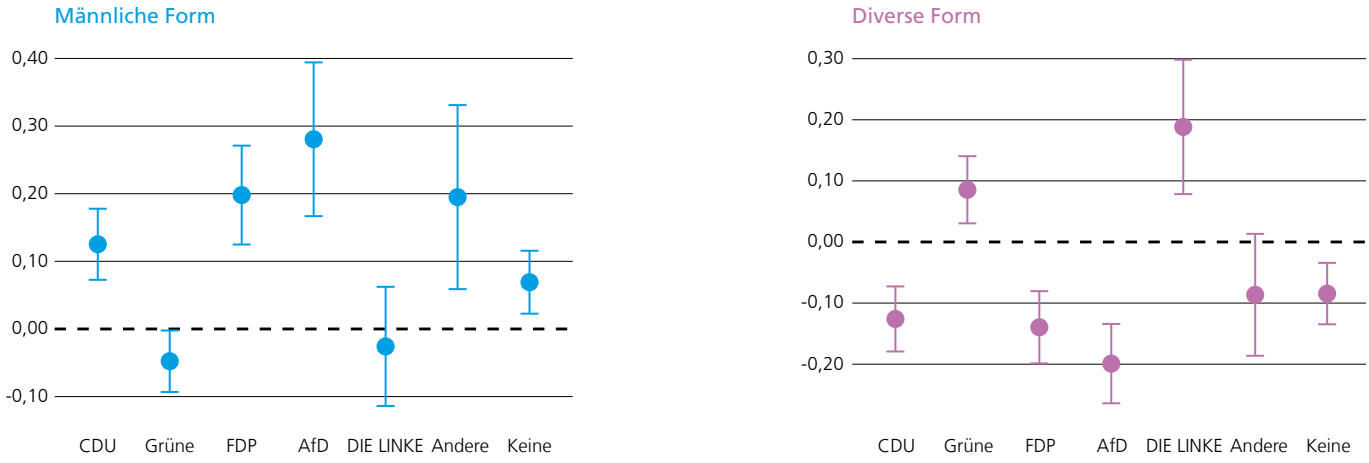
***Abbildung 7:*** *Marginale Effekte nach Diskriminierungserfahrung inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: Trifft nicht zu)*



## Anhänger der CDU, FDP und AfD sind eher für die Verwendung der männlichen Form, Anhänger der Grünen und der LINKE eher für die der diversen Form

Wie zuvor erwähnt, wird die Debatte um „das Gendern" längst auf der politischen Bühne ausgetragen und die meisten Parteien haben eindeutig Stellung bezogen. Daher ist zu vermuten, dass sich Befragte, die den jeweiligen Parteien zuneigen, sich auch entsprechend positionieren. Wie Abbildung 8 zeigt, ist dem grundsätzlich so. Im Vergleich zu Anhängern der SPD geben Anhänger von CDU, FDP und AfD signifikant häufiger an, die Verwaltung sollte einzig die männliche Form verwenden. Ebenso fordern sie signifikant seltener die Verwendung der diversen Form. Häufiger wird diese Form hingegen von Anhängern der Grünen und der LINKE gewünscht. Diese Zusammenhänge bestätigen das Bild, dass die öffentliche Auseinandersetzung entlang der Parteigrenzen stattfindet. Durchaus überraschend ist allerdings, wie stark sich die **Parteineigung** niederschlägt: Mit Unterschieden von knapp minus zehn (Grüne) bis fast 30 Prozentpunkten (AfD) stellt die Parteineigung mit Abstand das Merkmal dar, das für die Präferenz beim Sprachgebrauch am bedeutsamsten ist.

***Abbildung 8:*** *Marginale Effekte nach Parteineigung inkl. 95%-Konfidenzintervall (Referenzkategorie: SPD)*






## Gruppenspezifische Merkmale weisen auf einen strukturierten, aber hauptsächlich politisch geprägten Konflikt hin

Sprache, so die Vermutung der einschlägigen Forschung, ist „eine relativ junge Kommunikationsform, die der moderne Mensch vor rund 50 000 bis 100 000 Jahren entwickelt hat".[6] Seitdem befindet sie sich in einem ständigen Wandel. Daraus ergeben sich zwangsläufig Diskussionen darüber, welche Sprachformen – zumal im offiziellen Gebrauch – verwendet werden sollen. Doch so heftig bisweilen die Auseinandersetzung, so wenig wissen wir bislang über die Einstellungen in der breiten Bevölkerung. Für Stuttgart können wir dank unserer jüngsten Befragungsdaten diese Lücke schließen.

*Paarform wird von einer großen Mehrheit bevorzugt*

Dabei zeigt sich, dass die große Mehrheit der Stuttgarterinnen und Stuttgarter die Paarform in der Kommunikation der öffentlichen Verwaltung bevorzugt. Jeweils Minderheiten, die zahlenmäßig aber dennoch nicht unerheblich sind, wünschen sich dagegen das generische Maskulinum beziehungsweise den Genderstern. Inhaltlich stehen sich diese Gruppen oppositionell gegenüber. Vor allem aber lassen sich ihre Mitglieder mit verschiedenen Merkmalen charakterisieren. So ergibt die Regressionsanalyse, dass Befürworter der männlichen Form eher älter und männlich sind, keine Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts gemacht haben und vor allem der CDU, FDP oder AfD zuneigen. Befürworter*innen des Gendersterns hingegen sind eher jünger und weiblich, haben keinen Migrationshintergrund, verfügen über einen höheren Bildungsabschluss, fühlten sich in der Vergangenheit aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert und neigen eher den Grünen, der LINKE und – weniger deutlich – der SPD zu.

Die kennzeichnenden Merkmale machen deutlich, dass es sich um einen strukturierten Konflikt mit gefestigten Lagern handelt. Und der Befund, dass sich die größten Unterschiede aus den Parteipräferenzen ergeben, spricht für eine politische Prägung des Konflikts. Während Parteineigungen einerseits zwar durchaus aus der Übereinstimmung mit den eigenen Einstellungen resultieren, spielen Parteien andererseits oftmals eine meinungsbildende Rolle. Mutmaßlich würde sich der Konflikt um die zu verwendende gendersensible Sprache also weitgehend auflösen, wenn sich die politischen Akteure in der Breite auf eine Position einigten. ●

*Autoren:*

*Dr. Matthias Fatke*
*Tel.: (0711) 216-98591*
*matthias.fatke@stuttgart.de*

*Dr. Till Heinsohn*
*Tel.: (0711) 216-98574*
*till.heinsohn@stuttgart.de*

1 Vgl. hierzu: https://www.lpb-bw.de/gendern (aufgerufen am 15.11.2023).

2 ebd.

3 https://www.deutschlandfunk.de/gendern-mit-sonderzeichen-soll-in-verwaltungssprache-der-landesbehoerden-baden-wuerttembergs-untersa-100.html (aufgerufen am 23.01.2024).

4 Vgl. hierzu: https://www.stuttgart.de/leben/internationale-beziehungen/global-und-nachhaltig/bericht-lebenswertes-stuttgart.php.media/267141/SDG-5-Umsetzung-der-geschlechtersensiblen-Sprache.pdf (aufgerufen am 22.11.2023). In regelmäßigen Abständen werden aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen aufgegriffen und in die Umsetzungsempfehlungen eingearbeitet.

5 https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgarter-rathaus-ob-nopper-will-gender-sternchen-nur-im-ausnahmefall.91e0389c-9ed2-4120-adae-d540c213401d.html (aufgerufen am 05.02.2024).

6 Vgl. hierzu: https://www.sueddeutsche.de/wissen/geschichte-der-menschheit-erste-worte-vor-500-000-jahren-1.1719856 (aufgerufen am 15.11.2023).